

Kanzlerrede in Frankfurt

Frankfurt a. M., 24. Februar.

Unter aufregendstem starkem Andrang der Bevölkerung sprach Reichspräsident Hiltner in der Frankfurter Festhalle. Der riesige Saal mußte überfüllungspolizistisch...

Reichspräsident Hiltner wurden beim Eintritt in die Festhalle förmliche Huldigungen dargebracht. Unter den einmarschierenden Jahrgangsdarstellungen waren auch solche des Stahlhelms und der Schutzmannschaft vertreten.

Reichspräsident Adolf Hiltner

begann eine Rede mit der Feststellung, noch niemals sei Staatsmännern ein ähnlich herrliches Gemeinwesen hinterlassen worden, wie am 30. Januar der neuen Regierung...

Wir werden die Freiheit in Deutschland einführen, indem wir ihre grimmigsten Feinde vernichten. Ihre Gleichheit war die Gleichheit des Elends...

Ja, der blühende Arbeiter hat an der Front gestämpft, der Marxismus nie mehr.

Rein, Deutschland kann erst dann genesen, wenn es die Femeine seiner Zerlegung ausdauernd und einem neuen Geiste sein Schicksal anvertraut.

Ihrer Programm nach dem wir lo oft gefragt werden, bringt keine schönen Verprechungen. Es ist ein sehr hartes und sehr niedrigeres Programm, dessen erster Hauptzweck lautet: Deutsches Volk mach dich frei von allen Mühsalen...

Die Vertreter des verfallenen Systems werden keine Gelegenheit mehr haben, beim Aufbau der neuen deutschen Volksgemeinschaft mitzureden...

Ich bin dafür eingetreten, daß noch einmal dem deutschen Volk die Wahl gegeben wird. Es wäre zu einfach gewesen, mich durch einen Aufstand tolerieren zu lassen.

Ich bin vierzehn Jahre lang nur der Brotpfeil gewesen, der richtig prophezeit hat. Ich wurde dann der Führer der gewaltigen Volksbewegung...

Rettung des Bauern

Randunterrede des Staatssekretärs Röhr - Zwei wirtschaftspolitische Hauptaufgaben der Reichsregierung. Der Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft v. v. Röhr sprach im Rundfunk über die „Bauernpolitik der Nationalregierung“.

Die Regierung der nationalen Konzentration hat in ihrem Auftrage zwei wirtschaftspolitische Aufgaben, die sie erfüllen will: Die Rettung des Bauern und die Rettung des Arbeiters, gleichberechtigt nebeneinander gestellt.

Die Umföhrung aber hat nur einen Sinn, wenn nun in der Zwischenzeit eine Agrarpolitik durchgeführt wird, die jenseit ungeländeten Hiltnerbälms in den Preisen ein Ende macht, damit der Bauer ohne färrliche Siltten aus eigener Kraft die Söfötte bestellen und heilen kann.

Nach auf eine andere Hiltne möchte ich hinweisen. Sie gilt insbesondere der Bauernfrau. Zahllose Bauernfamilien haben in der Not ihren letzten Knecht und die letzte Magd entlassen.

Wir hoffen, daß noch in dieser Woche eine Möglichkeit geschaffen wird, dem Bauern, der eine zusätzliche Arbeitskraft einstellt, einen Barbetrag auszusprechen, der dem entpfeht, was die öffentliche Hand sonst für den Arbeitslosen und Wohlfahrtsempfänger aufzubringen hätte.

Deshalb hat die Regierung jede sich bietende Gelegenheit benützt, um von den bisherigen zu niedrigen Löhnen loszukommen. Und wir können feststellen, daß unsere Maßnahmen von Erfolg begleitet sind.

Wie aber kann sie dazu, seiner Frau, die für sie doch schließlich die Fremde der Eindringlinge in ihr Glück war und blieb alles Unangenehme fernhalten...

Beschränkung der Futtermittelaufuhr

Wir werden noch in diesen Tagen Möglichkeiten eröffnen, den unbedingt notwendigen Getreide- und Futtermittel zu verpfändern. Darüber hinaus raten wir dem Landmann, in diesem Frühjahr den Bau eigener Futtermittel - insbesondere Silage und Hülsenfrüchte - nachhaltig zu verpfänden...

Schutz der Landwirtschaft

Förderung der Käseerzeugung und Regelung des Hopfenanbaus. Berlin, 24. Februar.

Der Reichspräsident hat auf Vorschlag der Reichsregierung eine Notverordnung zur Förderung der Landwirtschaft unterzeichnet. Durch sie werden die Voraussetzungen für die Durchführung des bereits bekanntgegebenen Programms der Reichsregierung zur verpfändeten Pflege des Getreidemarktes geschaffen.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft wird ermächtigt anzuordnen, daß und in welchem Umfange bei der Herstellung von Schmelzkäse inländischer Käse verwendet wird. Die für die deutsche Käseerzeugung und insbesondere für die Hartkäseerzeugung notwendigen Milchmischungsverhältnisse im Allgäu in Ostpreußen und am Niederrhein bei deutsche Schmelzkäseerzeugung ging in letzter Zeit immer mehr dazu über, billigen und minderwertigen ausländischen Käse als Rohstoff zu verarbeiten.

Auf die Schmelzkäseindustrie als Abnehmer können die deutschen Käseerzeuger aber nicht verzichten, denn die Jahreserzeugung der deutschen Schmelzkäseindustrie beträgt schätzungsweise 500 000 bis 600 000 Zentner, das entspricht etwa der Hälfte der deutschen Käseerzeugung.

Ferner ist der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ermächtigt worden, die Hopfenanbaufolge zu regeln. Mit dieser Maßnahme ist ein alter Wunsch der deutschen Hopfenbauern erfüllt worden.

Der deutsche Hopfenbau ist in den letzten Jahren so schwer unter unzureichenden Preisen, daß die Anbaufläche ständig zurückging.

Gemeindenot - Landesnot

Reichsinnenminister Frit über Kommunalkragen. Berlin, 23. Februar.

In Berlin traten der Gesamtverband und der Hauptauschuß des Reichsstädtetages zu einer Tagung zusammen.

Reichsinnenminister Dr Frit

begriß die Tagung namens der Reichsregierung und im Auftrage des Reichspräsidenten sowie der kommunalrätlichen Reichsregierung. An der Spitze ihrer Tagesordnung stand das Thema: Dolarsrecht und Lebensnot der Reichsbürger.

„Ein Täfelchen, ein Beutelchen für Abendkleider, Ufht hat sich schon vor Tagen in diesen Fingerringen nicht, er immer wieder mit ihm tollertiert, was es seine ihr bringend zu ihm Toilette. Und heute, da sie ja reich ist, haben wir es erstanden.“

„Er ladte, nahm das Zwischengeld, das halb Beutel, halb Tasse war, und zeigte es von innen. Es war mit weißer, gezeugener Seide abgeputzt. Wenn man es öffnete, lag man sich selbst in einem Spiegel, der den Soben ganz bedeckte. Dann war noch Raum für ein winziges Fädelchen und ein feines Zäufchen.“

„Sobst ihr das ganze Geld dafür ausgegeben?“ fragte sie. Die jungen Leute lachten sich an, sie hatten wohl ein schlechtes Gewissen.

„Solche neuen Sachen sind ja selbst teuer.“ erklärte Udo. „Was übrig blieb, reichte gerade für ein wenig Parfüm und Wasser. Nun, der Vater hätte ja auch das Geld, damit Ufht Spaß davon hat.“

„Aber er hätte nichts dagegen, wenn es auch einmal zu nützlicheren Dingen verwendet würde.“ sagte die erregte und enttäufte Frau heftiger, als es sonst ihre Art war. „Seht, diese Gasrechnung ist heute gekommen, und ich weiß wirklich nicht, wozum ich sie lese. Ende des Monats, Teil des Geldes dafür geben oder doch lassen, bis zu wieder der Eingänge halt, Udo, aber nun ist es ja nichts damit.“

„Ich will auch nicht, daß Ufht persönlich Geld für den Haushalt verbraucht.“ entgegnete er heftig.

Ufht war sehr rot geworden. Sie schämte sich, Warum war sie wieder nur ihren Wünschen, nur ihrer Laune ergeben und beglückt. Nun, der Vater hätte ja auch das Geld, damit Ufht Spaß davon hat.“

„Was ist das für ein Scherz?“ fragte Udo. „Reine Ahnung!“ gestand Ellen.

(Fortsetzung folgt.)



Die Mutter

ROMAN VON LOIA STEIN

21. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Ellen starrte in ungläubigem Schreck auf die Gasrechnung in ihrer Hand. Die Ausgaben nahmen in diesem Winter Dimensionen an, denen man wirklich nicht mehr gewachsen war.

Udo sah war fertig, aber es bedurfte noch der letzten Füllung, ehe er es abliefern und das erste Honorar dafür erhalten würde. Seine läufigen Einnahmen durch eine Mitarbeiterverföhrung als Kritiker und Feuilletonist an einigen großen Revuen blühten, durch die Chroniken, die er für das Kabarett „Meteor“ schrieb, durch die kleinen, kräftigen Beiträge, die ab und zu in kurzen Zeitschriften erschienen, verbunden mit den Einkünften aus ihrem Vermögen, durch ihre vorröftigen und beherrschenden Veröfche, in dieser Zeit der enormen Spekulationsgewinne es zu vergrößern, reichten doch gerade nur zu weit, um das tägliche Leben zu bestreiten.

Ellen legte sich das Wort, um ihres Vermögens angereichen, wenn es nicht unmöglich ist, was. Bis jetzt war sie ja immer so leidlich durchgekommen; wenn Udos Verdienst nicht reichte, hatte sie auf ein neues Kleid, einen neuen Hut verzichtet und sich noch eine weitere Saison mit dem Modemodern der alten Sachen beholfen.

Nun sollte Udo sich einbringen, eine Reise für Extrazugaben, für spätere Zeiten schaffen. Aber sie wollte ihn nach dem heftigen Ausfall der letzten Tage nicht antreiben.

Wozum aber sollte sie diese Rechnung bezahlen. Sie hatte ihm wirtschaftliche Sorgen bisher stets ferngehalten, und er wußte nicht einmal in seiner Kapitvität, was gut es hieße.

„Ich bin doch die Fremde der Eindringlinge in ihr Glück war und blieb alles Unangenehme fernhalten, sich aufzuheuern für sie, die es ihr nicht dankte, wie auch Udo es ihr nicht vergalt.“

Sie war ein mude, alte Sorgen, alle Unannehmlichkeiten des täglichen Lebens, das jetzt so schwer geworden war, ganz allein zu tragen. Die Kinder wollten sie mit ihr teilen, das war schließlich nicht zuviel verlangt.

Sie waren jetzt acht Wochen verheiratet. Heute früh hatte Ufht zum ersten Male das monatliche Madelgeld von ihrem Vater bekommen. Er hatte ihr reichlich gegeben, als sie kein Haus verließ, aber in seiner Eile meinte er, sie könne jetzt wohl neues getragen. Und wirklich hatte sie lachend gestanden, nichts mehr zu beifügen.

Udo war es entpfeht, ja auch nicht. Ihre Ausstattung war lo vollkommen, daß sie an Reueanföhrungen lange Zeit, bestimmt doch diesen Winter nicht zu denken brauchte und für Taschengeld gar nie nichts aus, da sie kaum je ohne ihren Mann ausging. Vergnügungen lösteten kein Geld und die Kleinigkeiten bezahlte er natürlich für sie bedie.

Die kleine Ufht hatte es doch sehr gut. Wurde geliebt und verwöhnt und erlebte tagtäglich Tage wie eine Prinzessin. Schließlich ist es nicht lo schlimm, wozum sie einen Teil ihres Madelgeldes und Ufht begleitete ihn nicht, dachte die Frau. Wenn Udo denn kein Honorar bekommt, mag er es ihr zurückgeben. Das wird ein Nilpferd für ihn sein, sich zu beifügen.

Ellen fand diesen Gedanken sehr gut. Sie atmete wieder auf und ging in die Küche an ihre Arbeit. Die Kinder waren fortgegangen. Udo mußte ins „Meteor“, um einen gefährlichen Widerspruch mit Ufht begleitete ihn natürlich, gefährlichen Widerspruch mußte sie heim. Vergnügt und fröhlich und glücklich. Ellen trug die Suppe auf.

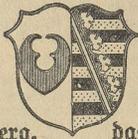
„Reine Ahnung!“ gestand Ellen.



# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Mittwöchliches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Verzögerung Streifen usw. ersucht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kleinzeile 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe und unbedingte Gewährleistung oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mfr. das Ausland, zusätzlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 29 Donnerstag, den 9. März 1933 35. Jahrg.

## Vor einem Flaggenwechsel

Schwarz-Weiß-Rot für das Reich.

Berlin, 8. März.

Dr. von Winterfeld, der stellvertretende Vorsitzende der DVP, hat an den Reichstagspräsidenten Adolf Hitler folgendes Schreiben in der Flaggenfrage gerichtet:

Als 1919 die Frage der deutschen Nationalfarben zum Gegenstand eines parlamentarischen Schlichterprozesses gemacht und den Meuturern des Novemberumsturzes die Rufmordschandhaftung durch den Reichstagspräsidenten, empfand das nationale Deutschland den schimpflichen Vorgang des Flaggenwechsels als symbolische Feststellung der Marterherrlichkeit in der Geschichte des deutschen Volkes.

Die deutschnationale Volkspartei hat sich damals vor 14 Jahren in der Nationalversammlung mit aller Schärfe gegen den Flaggenwechsel gewandt und späterhin im Reichstag und vor allem auch im Preussischen Landtag die weiteren von der schwarz-roten Koalition zur Verfertigung des alten Reichswappens unternehmen Maßnahmen nachdrücklich bekämpft. Wir fühlen uns in diesem Kampfe eines mit der NSDAP und der gesamten vaterländischen Bewegung.

Nachdem nunmehr die Mehrheit des deutschen und des preussischen Volkes sich klar und eindeutig hinter die Regierung der nationalen Einigung gestellt und damit die Entscheidung des Herrn Reichspräsidenten vom 30. Januar bekräftigt hat ist es der Wunsch weitaus vieler Volkstreue,

daß diesem gewaltigen Umkehrpunkt der politischen Verhältnisse auch in den äußeren Symbolen der Reichsgewalt Rechnung getragen wird.

Am Sinne dieser Auffassung richte ich an Sie, sehr verehrter Herr Reichstagspräsident, die Bitte, für den Dienstbereich des Reiches Anordnungen zu treffen, die — unbehindert der noch zu treffenden formalrechtlichen Veränderungen bisheriger Bestimmungen der Reichsoberaufsicht

schon jetzt in der Regelung der Flaggenfrage einen Zukunftsschritt in den Aufstellungen der national eingetragenen Bevölkerung entspricht und der Ehrfurcht vor den geschichtlichen Werten unseres Volkes, den Farben Schwarz-Weiß-Rot, Rechnung trägt.

An den Reichstagsminister von Preußen, Herrn Vizelandtagspräsidenten, werde ich die entsprechende Bitte um Maßnahmen für den preussischen Dienstbereich richten.

## „Die Fahne der Ehre“

Der Reichshäufersbund erläßt folgende Erklärung: Mit Freude und Genugtuung begrüßt es der Reichshäufersbund im Namen seiner drei Millionen ehemaliger Soldaten, daß die Reichsregierung die Wiedereinführung der Reichsfahne Schwarz-Weiß-Rot plant.

Der Reichshäufersbund, dem diese Farben stets ein Symbol der Reichseinheit, deutscher Tüchtigkeit und deutscher Taten, deutschen Heldentums und deutschen Opfermutes waren, hat auch in bittersten Zeiten unentwegt an diesen Farben festgehalten und sie als Ehrenzeichen seines großen Soldatenbundes treu getragen in dem festen Glauben, daß mit ihnen der Wiederaufstieg unseres Vaterlandes erfolgen wird.

Am Namen der zwei Millionen Kameraden, deren heldischen Opfermutes das ganze deutsche Volk am kommenden Sonntag gedenkt, und im Namen der ungezählten Millionen, die unter der Fahne Schwarz-Weiß-Rot im Frieden und Krieg den Ehrentrost des deutschen Volkes trugen, erwartet der Reichshäufersbund, daß die Reichsregierung die alten heiligen Farben Schwarz-Weiß-Rot so schnell wie möglich herauslöst aus dem Kreislauf und sie wieder einseht als Fahne des nationalen wehrwilligen gesamten deutschen Volkes. Mit Schwarz-Weiß-Rot zum neuen Aufstieg und zur Freiheit!

## Ermächtigungsgesetz gefordert

Kabinetts beschließt Erwidmung einer Zentralfstelle für Volksaufklärung — Reichstagsagung in der Zeit vom 3.—8. April

Berlin, 8. März.

Das Reichskabinett trat in der Reichstagskanzlei zum Vorhitz des Reichstagspräsidenten Hitler zu einer Sitzung zusammen, um zur Lage nach den Wahlen Stellung zu nehmen. Zunächst erläuterte der Reichstagspräsident einen Bericht über die durch die Reichstagswahl vom 5. März geschaffene politische Situation.

Nach den Beschlüssen des Kabinetts tritt der neu gewählte Reichstag zwischen den 3. und 8. 4. zusammen. Die feierliche Eröffnungssitzung findet in der Reichshäufersbühnenhalle statt, jedoch steht der Tagungsort für die weiteren Sitzungen bisher noch nicht fest. Die Gottesdienste für die Abgeordneten am Tage der Reichstagsversammlung werden in der Evangelischen Nikolaikirche und der katholischen St. Marienkirche in Potsdam stattfinden.

Reichspräsident von Hindenburg wird am Eröffnungstage am Grabe Friedrichs des Großen einen Kranz niederlegen.

In der Sitzung des Reichskabinetts hob Reichstagspräsident Hitler hervor, daß nunmehr eine großartige Propaganda- und Aufklärungsarbeit einleiten müsse. Damit seine politische Lehrtätigkeit aufkomme und daß diese Volksaufklärung von einer neuverrichteten Zentralfstelle ausgehen müsse.

Ferner betonte der Reichstagspräsident die Notwendigkeit einer einheitlichen Politik in Reich und Ländern. Dem Reichstag wird ein Ermächtigungsgesetz vorgelegt werden, das verfassungsändernden Charakter trägt.

Vizelandtagspräsidenten sprach dem Reichstagspräsidenten und der nationalsozialistischen Organisation den Dank des Reichskabinetts für die bewundernswürdige Leistung bei der Wahl aus. Für die Kampfricht Schwarz-Weiß-Rot gab Reichsarbeitsminister Seidte dem Dank Ausdruck.

Reichsinnenminister Dr. Frick berichtete über die Vorgänge in Hamburg, Bremen, Lübeck und Hefen. Dr. Frick führte aus, daß Maßnahmen des Reiches erfolgen müßten, weil sonst höchste Gefahr für Ordnung und Sicherheit in diesen Ländern bestehe. Die bisherigen Nachholver in diesen Ländern haben keine Reizanz mehr im Volk und die Disziplin der Polizei ergibt sich gefährdet, wenn das Reich nicht eingreife.

## Maßnahmen gegen tendenziöse Berichterstattung

Berlin, 8. März.

Ingeachtet der böswilligen Berichterstattung über innerdeutsche Vorgänge in der ausländischen Presse waren seitens der Reichsregierung ernste Maßnahmen gegen eine Anzahl von Auslandskorrespondenten in Vorbereitung.

Ein Teil der fraglichen Korrespondenten hat sich dem Zugriff der Polizei durch Abreise entzogen; was die übrigen Korrespondenten anlangt, so liegt von diesen nunmehr die Versicherung vor, in Zukunft in ihrer Berichterstattung sich jeder böswilligen Tendenz zu enthalten und Zweideutigkeiten zu vermeiden. Im Hinblick hierauf und auf die einschlägige Beurteilung der hiesigen Vorgänge im Ausland sind die fraglichen Korrespondenten zunächst von der Ausweisung verschont geblieben, es ist ihnen vielmehr eine Bewährungsfrist von zwei Monaten zugestimmt worden.

## Geld für Umbildung der Staatsregierung

München, 8. März.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Feld hat heute namens des Geheimministeriums an den Landtagspräsidenten Dr. Stang ein Schreiben gerichtet, in welchem gebeten wird, die bereits eingeleiteten Schritte zur Neubildung der Staatsregierung in Bayern beschleunigt durchzuführen.

## Eingreifen in Hessen und Bremen.

Berlin, 7. März.

Der Reichsminister des Innern Dr. Frick hat dem Vernehmen nach auf Grund des Paragraphen 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat eingegriffen.

Dr. Müller hat gegen Mitternacht eine Bekanntmachung an die Bevölkerung Hessens erlassen, in der es heißt:

Der Reichsminister des Innern hat die Polizeigewalt des Volksstaates auf mich übertragen. Ich habe heute, den 6. März 1933, 23.30 Uhr, die gesamte Polizeigewalt in Hessen übernommen. Zur Durchführung meiner Aufgabe habe ich den Landtagsabgeordneten Dr. Werner Best zum Sonderterritorium für das hessische Polizeiwesen mit der Befugnis, mich zu vertreten, ernannt. Zur Unterfertigung der sämtlichen Polizei befelle ich Hisspolizei, die aus den hinter der Reichsregierung stehenden Verbänden entnommen werden soll.

Ich ermahne die gesamte Bevölkerung, in diesen Tagen des Ueberganges strengste Disziplin und höchste Befolgung zu wahren.

## Profess Adelung

Die Uebernahme der Geschäfte durch den mit der Ausübung der Polizeigewalt beauftragten Polizeikommissar des Reiches Dr. Müller ist völlig ruhig und ohne Zwischenfall verlaufen. Gestern vormittag kamen sich erneut zahlreiche Menschen vor dem Regierungsbüro an.

Staatspräsident Dr. Brüning hat an den Reichsinnenminister Dr. Frick ein Telegramm gerichtet, in dem er dem Minister von der Uebergabe der Polizeigewalt an Dr. Müller Kenntnis gibt und gleichzeitig Einspruch gegen diese Maßnahme erhebt.

## Rundfunk-Rede des Reichspräsidenten

Berlin, 8. März.

Ministerialdirektor Dr. Funf, der Reichspräsident, sprach im Rundfunk über die Lage nach den Wahlen und erklärte, Deutschland erlebe gegenwärtig eine Revolutionierung des Geistes und des politischen Lebens. Die Reichsregierung befindet sich schon wieder mitten in der Aufbauarbeit.

Schon in den nächsten Tagen würden weitere Maßnahmen zur Behebung der Not der Landwirtschaft und zur Beschaffung von Arbeit und Brot für die Arbeitslosen und Armen ergriffen werden. Nicht zuletzt deshalb ist ja das Wahlergebnis vom 5. März ein für die Reichsregierung so günstiges und anerkenntniswürdiges gewesen, weil die Regierung in wenigen Wochen ihres Bestehens eine weithin sichtbare und spürbare Arbeit geleistet, mancher Not gelindert und schweren Schäden an Volk und Staat bereits beseitigt habe.

Das deutsche Volk hat durch die Wahl vom 5. März der Reichsregierung sein Vertrauen ausgesprochen. Gestützt auf dieses Vertrauen und auf die gewährte Frist von vier Jahren kann die Regierung jetzt an das große schwere Werk des Wiederaufbaus von Staat und Wirtschaft gehen. Das Volk sei dem Appell des Herrn Reichspräsidenten gefolgt. Von hier beginne eine neue Epoche der deutschen Geschichte an.

## Zweck der Luftstreitkräfte

Eine Rede Brandenburgs im Luftfahrtkongress

Genf, 8. März.

In der Sitzung des Luftfahrtkongresses, die sich mit der Schaffung einer internationalen Luftfahrt nach dem französischen Plan befaßt, sprach der deutsche Delegierte, Ministerialdirektor Brandenburg, über die 6 Gesichtspunkte betr. Zweck und Aufgabe dieser Luftstreitkräfte:

1. Luftverteidigung im Zeichen politischer Spannung und drohender Kriegsgefahr.
2. Erfindung, ob in irgend einem der in Betracht kommenden Staaten Vorbereitungen getroffen werden.
3. Soll die internationale Luftfahrt benutzt werden, um die Zivilflucht eines Staates daran zu hindern, für militärische Zwecke eingesetzt zu werden?
4. Einfluß der internationalen Luftfahrt zur Bekämpfung eines Angreifers.

Ministerialdirektor Brandenburg hob zunächst hervor, daß Deutschland keine militärische Luftmacht besitzt und daher nicht zu den in erster Linie interessierten Staaten gehöre, da es z. B. nicht in der Lage wäre, sich an der Luftleitung einer internationalen Luftstreitkräfte zu beteiligen. Er bemerkte u. a.: „Der Kriegsverkehr kann ohne Zweifel durch ermietete Zivilflugzeuge betrieben werden.“

Ich bin überzeugt, daß die Deutsche Luftflotte es sich zur Ehre rechnen würde, dem Völkerverband ihre Flugzeuge gegen Erstattung der Selbstkosten zur Verfügung zu stellen und ihn so von der Notwendigkeit zu befreien, dauernd eine große und teure Luftflotte zu unterhalten.

Weiter erklärte der deutsche Vertreter: Ich komme immer wieder zurück auf den deutschen Vorschlag, ein allgemeines Bombenabwurfverbot und eine entsprechende Definition des Begriffes „Militärflugzeug“ zu beschließen.

„Mit dem Augenblick, wo wir dies tun würden, wären wir aller Sorgen um die befürchtete militärische Verrohung der Zivilflucht beraubt.“

Brandenburg fragte dann u. a.: Wie soll die internationale Luftfahrt zusammengefaßt sein, wer soll den Oberbefehl führen? Soll das Personal unter Umständen gegen das eigene Land oder gegen befreundete Staaten eingesetzt werden? Wie denkt man sich den Einfluß dieser internationalen Luftfahrt? Bestimmt ihre Zusammenarbeit im Falle politischer Spannung, wer den Ort dieser Zusammenkünfte

